

## Niederschrift

über die 23. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt am Mittwoch, den 19.09.2018, um 17:00 Uhr im Mehrzweckraum des Bürgerhauses, Schloßmacherstr. 4-5.

Anwesend:

Vorsitzende(r)

Jürgen Fischer

Ausschussmitglieder

Bernd Karl Bornewasser

Vertreter für Luchtenberg, Klaus

Beate Bötte

Dietmar Danowski

Petra Ebbinghaus

Horst Enneper

Bernd-Eric Hoffmann

Vertreter für Norwara, Werner

Ralf-Udo Krapp

Vertreter für Grimm, Werner

Heide Nahrgang

Petra Pfeiffer

Dr. Jörg Rieger

Vertreter für Müller, Arnold

Rolf Schäfer

Gerd Uellenberg

Antje von der Mühlen

Beratende Mitglieder

Käthe Hentzschel

Bärbel Lippelt

Bürgermeister

Johannes Mans

von der Verwaltung

Natalie Hoffmann

Burkhard Klein

Matthäus Kozinski

Frank Nipken

Wolfgang Scholl

Schriftführerin

Lisa Look

Gäste

Dieter Blase

Beate Fiedler

Thomas Kemme

Achim Pfeiffer

Dieter Blase Projekte / Konzepte

Oberbergischer Kreis

Regionale 2025 Agentur

Architekturbüro Heinrich Böll

es fehlt:

Ausschussmitglieder

Marianne Bornewasser  
Werner Grimm  
Arnold Müller  
Werner Nowara  
Rainer Röhlig

Beratende Mitglieder

Klaus Haselhoff

**Tagesordnung:**

**(Öffentlicher Teil)**

1. Niederschrift über die 22. Sitzung des Ausschusses am 19.06.2018 (öffentlicher Teil)
2. Baugebiet Karthausen/Verzicht auf den 2. und 3. Bauabschnitt (Antrag der Fraktion der UWG vom 04.09.2018) AN/0231/2018
- 2.1. Verzicht auf die Wahrnehmung der Kaufoption für das Teilgebiet 2 und 3 im vorgesehenen Baugebiet Karthausen (Antrag der AL- Fraktion vom 09.09.2018) AN/0234/2018
3. Baugebiet Karthausen BV/0597/2018
4. Bewerbung Regionale 2025 im "Bergischen Rheinland" BV/0599/2018
5. Überarbeitung des Einzelhandelskonzeptes (Antrag der Fraktion der UWG vom 04.09.2018) AN/0230/2018
6. 48. FNP-Änd.; Bericht über die öffentliche Auslegung gem. § 3 (2) BauGB sowie die Einholung der Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB, Feststellungsbeschluss BV/0605/2018
7. Projektmanagement InHK Wupperorte BV/0600/2018
8. Quartiersmanagement InHK Wupperorte BV/0601/2018
9. Konzeptstudie Bürgerzentrum (InHK Wupperorte) BV/0598/2018
10. Erstellung eines geobasierten Baumkatasters BV/0584/2018
11. Mitteilungen und Fragen
- 11.1. LEADER Bergisches Wasserland e.V. hier: Sachstandbericht IV/0545/2018

Der Vorsitzende Herr Fischer eröffnet um 17.00 Uhr die Sitzung und stellt nach § 8 der Geschäftsordnung die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt die anwesenden Bürgerinnen und Bürger, die Gäste des Architekturbüro Heinrich Böll, Herrn Kemme von der Regionale 2025 Agentur, sowie den Vertreter der Presse. Auf die Nachfrage, ob eines der Ausschussmitglieder in Bezug auf die Tagesordnungspunkte befangen ist, erfolgt keine Wortmeldung.

Der Ausschussvorsitzende schlägt vor, den Tagesordnungspunkt 4. Baugebiet Karthausen vorzuziehen, um die erschienenen Bürger nicht unnötig warten zu lassen. Frau Ebbinghaus merkt dazu an, dass in diesem Zuge der Tagesordnungspunkt 4.1. der Antrag der UWG auf Verzicht des Bauabschnitts 2 und 3 vorzuziehen ist.

Frau Ebbinghaus regt an, dass die Konzeptstudie unter dem Tagesordnungspunkt 11 „Konzeptstudie Bürgerzentrum (InHK Wupperorte)“, jetzt Tagesordnungspunkt 9, vom nicht öffentlichen Teil in den öffentlichen Teil verschoben wird. Herr Fischer lässt über diesen Antrag abstimmen.

<b>Abstimmungsergebnis:</b>	Ja-Stimmen	7 (2 x SPD, 1 x AL, 1 x Bündnis 90/Die Grünen, 1 x pro Deutschland)
	Nein-Stimmen	5 (5 x CDU)
	Enthaltungen	2 (1 x CDU, 1 x SPD)

Somit wird der Tagesordnungspunkt 11 „Konzeptstudie Bürgerzentrum (InHK Wupperorte)“, jetzt Tagesordnungspunkt 9, in den öffentlichen Teil verlegt.

Herr Fischer weist darauf hin, dass der Antrag der AL - Fraktion (Tagesordnungspunkt 2.1) nicht in den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt fällt.

## (Öffentlicher Teil)

### 1. **Niederschrift über die 22. Sitzung des Ausschusses am 19.06.2018 (öffentlicher Teil)**

---

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt nimmt die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 22. Sitzung des Ausschusses am 19.06.2018 ohne Einwände zur Kenntnis.

### 2. **Baugebiet Karthausen/Verzicht auf den 2. und 3. Bauabschnitt (Antrag der Fraktion der UWG vom 04.09.2018)** **AN/0231/2018**

---

Dieser Tagesordnungspunkt wurde einvernehmlich vorgezogen. Herr Hoffmann von der UWG Fraktion erläutert den Antrag, auf die Bauabschnitte 2 und 3 im geplanten Neubaugebiet Karthausen zu verzichten.

Nach Auffassung der UWG wird mit Karthausen nicht nur ein neues Baugebiet geschaffen, sondern ein ganz neuer Stadtteil. Überdies handelt es sich bei der Fläche um eine Lage, die nicht sinnvoll für die Stadtentwicklung ist. Herr Hoffmann stellt eine Beispielrechnung auf, um die Ausmaße des Baugebietes zu verdeutlichen. Geht man von 253 Wohneinheiten mit

durchschnittlich 2 ½ Personen pro Einheit aus, so ergibt sich eine Bewohnerzahl von 633 für das Baugebiet. Herr Hoffmann führt aus, dass sich eine Trabantenstadt entwickeln wird, da die Einkaufsmöglichkeiten in Bergerhof beschränkt sind. Es würde eine Verlagerung in das angrenzende Remscheid erfolgen, da dort das Angebot größer und besser ist.

Darüber hinaus ist die UWG - Fraktion der Auffassung, dass die verkehrlichen Zugänge, welche das Baugebiet erschließen sollen, nicht ausreichend sind. Heutzutage ist davon auszugehen, dass die Mehrheit der Haushalte mehr als 1 PKW besitzt. Durch eine Verbreiterung der Straße wird nach Auffassung der Fraktion ferner ein vorhandenes Baudenkmal beeinträchtigt.

Als weitere Argumentation bringt Herr Hoffmann an, dass ein Baugebiete näher am Zentrum als Alternative nicht ordnungsgemäß geprüft worden ist. So sind die Eigentümer der Flächen Nadelsiepen bereit zum Verkauf, über diese Bereitschaft liegt ein Schriftverkehr vor.

Weiterhin werden nach Ansicht der UWG die Ziele der integrierten Handlungskonzepte, wie die Stärkung der Innenstadt, durch die Schaffung eines Baugebietes in der Randlage von Radevormwald unterlaufen.

Herr Dr. Rieger entgegnet der Ausführung, dass die SPD Fraktion die Bedenken nur zum Teil unterstützt. So ist nach seiner Ansicht, für ein großes Gebiet eine effizientere Planung möglich, die im Endeffekt günstiger ist und somit auch günstigere Grundstückspreise zum Ergebnis hat.

Weiterhin ist Herr Dr. Rieger nicht der Auffassung, dass die Einwohnerzahl der Stadt Radevormwald durch die Schaffung des Baugebietes erhöht wird, zumindest aber ein Absinken der Einwohnerzahl verhindert werden kann.

Herr Schäfer entgegnet den Erläuterungen von Herrn Hoffmann, dass keinerlei Fakten aufgeführt worden sind, dass es sich im Gegenteil nur um Vermutungen seitens der UWG handelt. Er geht auf die überalterte Bevölkerungsstruktur ein und macht deutlich, dass, um dieser entgegen zu wirken, ein Bevölkerungszuwachs angestrebt werden muss.

Herr Hoffmann geht erneut auf das vorhandene Baudenkmal in Karthausen ein und weist auf die Verlinkung auf der Website der UWG hin, durch die erkennbar ist, dass es sich um ein eingetragenes Denkmal und somit um eine Tatsache und nicht um eine Vermutung handelt. Als Antwort auf den Einwand von Herrn Rieger führt Herr Hoffmann an, dass es sich bei dem Gebiet in Nadelsiepen um eine genauso große Fläche handelt. Der Vorsitzende Herr Fischer korrigiert die Aussage dahingehend, dass es sich in Nadelsiepen eine kleinere Fläche mit nur 7,5 Hektar im Eigentum der verkaufsbereiten Familie befindet.

Den Einwand des Herrn Schäfer, dass Radevormwald überaltert ist und die Bevölkerung langfristig ausstirbt, sieht Herr Hoffmann seinerseits als Vermutung und nicht als Fakt an.

Frau Ebbinghaus unterstützt den Antrag der UWG - Fraktion. Sie führt an, dass es sich bei dem Handeln der Verwaltung um Vermutungen handelt. Sie vermute, Profit aus der Vermarktung der Grundstücke in dem Baugebiet zu schlagen. Jedoch wird nicht berücksichtigt, wo sich gegebenenfalls die Zinsen in ein paar Jahren bewegen und ob dann die Nachfrage nach Baugrundstücken noch immer so hoch ist. Weiterhin handelt es sich um eine Vermutung, dass im Rahmen des Verfahrens alle Behörden bedenkenlos zustimmen werden.

Auch Frau Ebbinghaus vertritt die Auffassung, dass eine Investition in stadtnahe Gebiete erfolgen soll. Weiter führt sie aus, dass auch die Wupperorte gefördert werden müssen und auch dort ein neues Baugebiet entstehen kann. Überdies muss in die Südstadt investiert werden. Es muss weiter gedacht werden als nur an die Möglichkeit, wie Geld in den Haushalt gespült werden kann. Frau Ebbinghaus ruft in Erinnerung, dass die Stadt Radevormwald sich bereits in der Vergangenheit verspekuliert hat. Bei dem jetzigen Entwicklungsstand bezüglich Karthausen ist man bereits jetzt an einem Punkt, an dem man nicht mehr variabel ist, da bereits Gelder hinterlegt wurden. Frau Ebbinghaus macht

nochmals ihren Standpunkt deutlich, dass es Probleme bezüglich der Straße und der Umwelt geben wird und überdies auch die Frage mit der Versiegelung nicht geklärt ist.

Der Vorsitzende Herr Fischer wirft zur Klarstellung ein, dass ein Bebauungsplanverfahren eingeleitet wird, in dem die von Frau Ebbinghaus aufgeworfenen Fragen thematisiert und geprüft werden.

Herr Uellenberg von der CDU - Fraktion stellt ein Vergleichsbeispiel von Zonenrandgebieten in den Raum, um zu verdeutlichen, wie überaltert die Einwohner im Vergleich zu anderen Städten sind. Er sieht es als einen politischen Auftrag, diesem Trend entgegen zu wirken. Die Verdichtung der Innenstadt führt nach seiner Auffassung langfristig nicht zu dem gewünschten Erfolg.

Herr Bornewasser von Bündnis 90 / Die Grünen bringt einen neuen Ansatz in die Diskussion ein. Das Baugesetzbuch schreibt einen sorgsam und schonenden Umgang mit der Natur und Umwelt vor. Dieser Grundsatz sollte bei der Umsetzung eines Neubaugebietes zwingend beachtet werden.

Herr Bornewasser hält die Entsiegelung eines Gebiets von der gleichen Fläche, wie es bei der Schaffung von Karthausen versiegelt wird, für zwingend notwendig.

Werden diese Ausgleichsmaßnahmen bei der Planung berücksichtigt, so spricht für die Fraktion nichts gegen das Baugebiet. Jedoch geht Herr Bornewasser aus vergangenen Erfahrungen davon aus, dass solche Ausgleichsmaßnahmen nicht umgesetzt werden.

Herr Fischer bringt ein Zitat von Frau Hentzschel ein, wonach es sich bei Ackerland nicht um hochwertiges Land (Pestizidbelastung) handelt. Frau Hentzschel entgegnet, dass das Ackerland jedoch eine Grundwasserneubildungsfunktion hat und überdies für die Sauerstoffproduktion trotzdem genutzt werden kann.

Herr Bornewasser ergänzt dazu, dass eine Rekultivierung der Fläche nach 3 Jahren möglich ist.

Herr Hoffmann reagiert an dieser Stelle nochmal auf den Vergleich, welcher durch Herr Uellenberg aufgestellt wurde, die Stadt Radevormwald mit einem Zonenrandgebiet zu vergleichen. Herr Hoffmann erachtet diesen Vergleich als nicht tragbar. Er ergänzt zudem noch, dass die Flucht in die Städte rückläufig ist. Herr Hoffmann betont, dass die UWG nicht gegen ein Neubaugebiet ist, jedoch nicht mit den Ausmaßen des Bauabschnitts 2 und 3 einverstanden ist. Herr Hoffmann weist darauf hin, dass die Fläche in Nadelsiepen mit 7,5 Hektar immerhin 3 Hektar mehr Fläche aufweisen würde, als der 1. Bauabschnitt in Karthausen.

Zu der Forderung durch Bündnis 90/ Die Grünen, eine Ausgleichsfläche zu schaffen, führt Herr Hoffmann aus, dass auch die UWG Ausgleichsmaßnahmen in Form einer Ökosiedlung fordert. Diese Planungen sind aber zunächst nicht im Rahmen der Flächennutzungsplanänderung zu diskutieren.

Frau Ebbinghaus von der AL Fraktion entgegnet dem Beispiel des Herrn Uellenberg mit der Argumentation, dass im Osten Deutschlands Kreativität vorherrscht und Plattenbauten attraktiv gestaltet werden. Die Stadt Radevormwald soll sich daran ein Beispiel nehmen und die Innenstadt mit Sanierungsmaßnahmen modernisieren. Auch Frau Ebbinghaus geht auf die angesprochene Problematik der Versiegelung ein. Überdies hinaus thematisiert sie Steingärten und deren Auswirkungen auf die Natur und Umwelt.

### **Beschluss:**

Die Bebauung des Gebiets Karthausen wird auf den Bauabschnitt 1, nach Präsentation der städtebaulichen Rahmenplanung im Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt vom 29.06.2018, beschränkt. Die Bauabschnitte 2 und 3 sollen nicht geplant und ausgeführt werden.

**Abstimmungsergebnis:** 3 Ja-Stimmen (2 UWG, 1 AL)  
11 Nein-Stimmen (6 CDU, 3 SPD, 1 proDeutschland, 1 Bündnis 90/ Die Grünen)

**2.1. Verzicht auf die Wahrnehmung der Kaufoption für das Teilgebiet 2 und 3 im vorgesehenen Baugebiet Karthausen (Antrag der AL- Fraktion vom 09.09.2018) AN/0234/2018**

---

Der Vorsitzende stellt fest, dass die Zuständigkeit des Nachtrags der AL – Fraktion nicht im Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt liegt, sondern beim Haupt- und Finanzausschuss.

**3. Baugebiet Karthausen BV/0597/2018**

---

Nachdem bereits eingehend unter dem Tagesordnungspunkt 2 über die Thematik diskutiert worden ist, gibt es keine weiteren Wortmeldungen und der Vorsitzende Herr Fischer lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt empfiehlt dem Rat der Stadt, die Verwaltung auf der Grundlage des vorliegenden städtebaulichen Rahmenplans des Büros Pesch & Partner Architekten Stadtplaner folgenden Auftrag zu erteilen:

Für die nächste Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt am 29.11.2018 bereitet die Verwaltung die Einleitung des vorbereitenden Bauleitplanverfahrens zur 43. Änderung des Flächennutzungsplans für die Bauabschnitte 1 bis 2 sowie die Einleitung des verbindlichen Bauleitplanverfahrens zur Aufstellung des Bebauungsplanes 108 „Karthausen, 1. Bauabschnitt“ vor.

**Abstimmungsergebnis:** 10 Ja-Stimmen (6 CDU, 3 SPD, 1 pro Deutschland)  
4 Nein-Stimmen (2 UWG, 1 AL, 1 Bündnis 90/ Die Grünen)

**4. Bewerbung Regionale 2025 im "Bergischen Rheinland" BV/0599/2018**

---

Die Gäste Herr Blase (Blase Konzepte Planung) und Herr Pfeiffer (Architekturbüro Heinrich Böll), Herr Kemme von der Regionale 2025 Agentur sowie Frau Fiedler vom Oberbergischen Kreis werden durch den Vorsitzenden vorgestellt.

Im Folgenden präsentieren Herr Blase und Herr Pfeiffer die Ideen und Planungen für die Regionale 2025. Der Bereich umfasst die Fabriken Wülfing und HPC sowie den Bereich Vogelsmühle. Im Bereich Vogelsmühle soll der Fokus auf den Einzelhandel und die Versorgung gelegt werden. Für den Bereich HPC wird eine erneute gewerbliche Nutzung angestrebt. Für die Wülfingfabrik ist die Zielsetzung die Mischung von Gewerbestruktur und Tourismus.

Desweiteren ist es angedacht, einen Radweg zwischen Nordbahntrasse und dem Bergischen Panoramaweg entstehen zu lassen. Hierzu besteht bereits, auch zwecks Kostenteilung, ein Arbeitskreis mit verschiedenen Behörden und Vereinen. Zu diesem Thema soll eine Machbarkeitsstudie angefertigt werden, die darüber hinaus auch die Kosten aufzeigt.

Herr Hoffmann erkundigt sich, ob der Radweg im Konflikt mit den Schienen für die Museumseisenbahn steht. Dies wird verneint, es besteht kein Konflikt, die Schienen werden nicht als Radweg genutzt.

Herr Bornewasser von der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen erfragt, ob bei den Planungen die Naturschutzverbände eingebunden worden sind. Dies wird verneint, da die Planungen zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht so weit fortgeschritten sind, dass sie eine Einbindung der Naturschutzverbände bedürfen. Dies wird zu einem späteren Zeitpunkt der Planungen erfolgen.

Herr Klein ergänzt dazu, dass es die Strecke für den Radweg im Prinzip schon gibt, es aber gilt, durch einen standardmäßigen Ausbau diesen Radweg zu reaktivieren.

Zum Objekt Wülfing gibt es durch das beauftragte Planungsbüro zu berichten, dass durch die Kooperation mit der Firma Bartels neue Möglichkeiten geschaffen worden sind. Die Firma Bartels stellt Flächen für Parkmöglichkeiten zur Verfügung, welche dringend für die weitere Projektentwicklung auch für die Stadt benötigt werden. Vertragliche Festsetzungen gibt es dazu jedoch noch nicht, dies wird Bestandteil der nächsten Schritte sein.

Herr Pfeiffer erläutert, dass in den Planungen alles (Kesselhaus, Dampfmaschinenaal, Textilmuseum, Obergraben und die Außenterrasse) als ein Ensemble betrachtet wird.

Zum Thema Außenterrasse stellt Herr Schäfer die Zwischenfrage, warum diese schon länger als ein halbes Jahr gesperrt ist. Herr Pfeiffer antwortet darauf, dass enorme Rutsch- und somit Unfallgefahr besteht. Durch handwerkliche Fehler hat sich die Oberfläche des Holzes derart verändert, dass die Terrasse zur Zeit nicht mehr betreten werden kann.

Herr Hoffmann ergänzt dazu, dass sich die Sperrung wesentlich länger als ein halbes Jahr hinzieht und das nicht nur Unfallgefahr, sondern sogar Lebensgefahr besteht. Er bittet um schnellstmögliche Instandsetzung und Diskussion über die Situation im nächsten Bauausschuss. Herr Klein versichert, dass die Angelegenheit an die Gebäudewirtschaft mit der Bitte um Prüfung weitergeleitet wird.

*Anmerkung der Verwaltung: Die Angelegenheit wurde an das technische Tiefbauamt (Gebäudewirtschaft) weitergeleitet.*

Im weiteren Verlauf stellt Herr Pfeiffer noch weitere Ideen vor, wie zum Beispiel die Einrichtung einer dauerhaften Gastronomie, einen Veranstaltungsort für zum Beispiel Tagungen und Seminare und ein Hostel, um Übernachtungsmöglichkeiten zu schaffen. Auch hierzu soll eine Machbarkeitsstudie durchgeführt werden.

Frau von der Mühlen erfragt, wie viele Parkmöglichkeiten durch die bereitgestellte Fläche von der Firma Bartels geschaffen werden und ob diese für die Planungen ausreichend sind.

Herr Pfeiffer bedankt sich für die Überleitung und stellt die Parkplatzmöglichkeiten vor. Dabei handelt es sich ausschließlich um Flächen, welche nicht in städtischem Eigentum sind.

Frau Ebbinghaus erkundigt sich, ob die Wohnhäuser Am Graben 8-11 in städtischem Besitz sind. Diese Frage wird von Herrn Pfeiffer verneint, woraufhin Frau Ebbinghaus einwirft, dass die Wohnhäuser im Zuge des Projekts zurückerworben werden müssten. Dieser Auffassung entgegnet Herr Pfeiffer, dass eine Zusammenarbeit auch im Rahmen einer Kooperation mit Privaten möglich ist.

Herr Blase übernimmt die Präsentation und erläutert die nächsten zu veranlassenden Schritte.

Herr Fischer bedankt sich für die umfangreichen Informationen und übergibt das Wort an Herrn Kemme von der Regionale 2025 Agentur. Dieser geht einleitend nochmal auf das

Alleinstellungsmerkmal der drei unterschiedlichen Standorte (Wülfig, HPC und Vogelsmühle) ein.

Bereits 2006 war der Standort Gegenstand eines Regionale - Projekts. Bei einer Regionale handelt es sich immer um einen Prozess, die Regionale 2025 steht jetzt am Anfang. Der Zuwendungsbescheid erfolgt über die Bezirksregierung, daher ist eine enge Zusammenarbeit mit dem Kreis und der Bezirksregierung notwendig.

Der Vorsitzende Herr Fischer bedankt sich für die Worte von Herrn Kemme.

Frau Ebbinghaus greift die 50.000 € auf, die auf der Beschlussvorlage als finanzielle Auswirkung im Ergebnisplan ausgewiesen sind und hinterfragt, wozu diese 50.000 € verwendet werden. Herr Nipken erläutert, dass es sich hierbei um eine Vorsichtsposition handelt, um im weiteren Verlauf handlungsfähig zu sein. Frau Ebbinghaus hakt nach, ob mehr zunächst nicht veranschlagt ist. Herr Nipken bestätigt, dass mehr zurzeit nicht eingeplant ist.

Herr Mans ergreift das Wort, um zu unterstreichen, wie wichtig das Projekt Regionale 2025 ist. In dieses Projekt sind viele Mitarbeiter eingebunden und es erfolgt eine intensive Unterstützung durch den Kreis. Mit der heutigen Präsentation ist nochmal deutlich geworden, wie attraktiv das Ensemble ist.

Frau Ebbinghaus macht darauf aufmerksam, dass im Bereich Wülfig ein Verkehrsproblem vorliegt. Findet ein Verkehr mit Lkw, Bussen und Verkehr mit privaten Pkw statt, so ist ein reibungsloses Fahren nicht immer gewährleistet. Aus eigener Erfahrung bringt Frau Ebbinghaus an, dass, wenn ein Lkw auf der Brücke steht, ein Durchkommen nicht mehr möglich ist.

Sie weist deutlich darauf hin, dass es sich um ein schwieriges Gebiet handelt, welches es zu berücksichtigenden gilt.

### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt beauftragt die Verwaltung damit, die Projektidee „Erneuerung der Textilstadt Wupperorte“ für die Regionale 2025 weiter zu entwickeln und zum nächsten Stichtag im Februar 2019 einzureichen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

---

### **5. Überarbeitung des Einzelhandelskonzeptes (Antrag der AN/0230/2018 Fraktion der UWG vom 04.09.2018)**

---

Herr Hoffmann von der UWG begründet seinen Antrag, zur Überarbeitung des Einzelhandelskonzeptes.

Herr Klein erläutert dazu, dass es sich bei dem Einzelhandelskonzept um ein Thema handelt, das nicht einfach und kurzfristig zu behandeln ist. Durch den Ausfall von Frau Böhmer fehlen hier die Spezialkenntnisse. Weiter informiert er, dass bereits vorab mit dem Büro Junker und Kruse telefoniert wurde, welches das letzte Einzelhandelskonzept erstellt hat. Eine Überarbeitung durch das Büro würde Kosten in Höhe von circa 20.000 € verursachen. Herr Klein erläutert die Auswirkungen, die eintreten würden, wenn das aktuelle

Einzelhandelskonzept aufgehoben würde. Im Falle der Beantragung eines großflächigen Einzelhandelsgeschäfts müsste jeweils die Bezirksregierung Köln eine Einzelfallbetrachtung im Rahmen einer städtebaulichen Wirkungsanalyse vorgelegt werden. Dazu müsste ein Fachbüro eingeschaltet werden, welches den Sachverhalt unter ähnlichen Kriterien analysiert wie bei einem Einzelhandelskonzept. Der gravierende Nachteil liegt darin, dass dabei nicht der gesamtstädtische Zusammenhang begutachtet wird, sondern lediglich ein einzelnes Grundstück. Die Stadt kann den großflächigen Einzelhandel dann nicht steuern. Herr Fischer übergibt das Wort an Herrn Dr. Rieger, der die Meinung teilt, dass das Einzelhandelskonzept nicht zum erhofften Ziel geführt hat. Die SPD - Fraktion befürchtet jedoch, dass auch eine Fortschreibung nicht den gewünschten Zweck erfüllt.

Herr Uellenberg berichtet, dass das Thema der Fortschreibung des Einzelhandelskonzeptes in der CDU - Fraktion diskutiert worden ist und die Fraktion zu dem Ergebnis gekommen ist, dass das Einzelhandelskonzept keine Auswirkungen hatte. Es erscheint jedoch schwierig zu entscheiden, was der bessere Weg ist. Die Fraktion zeigt sich hier noch unentschieden.

Herr Hoffmann schlägt vor, mit den von Herrn Klein erhaltenen Informationen nochmal in die Fraktionen zur Diskussion zu gehen und die Entscheidung in den Rat zu vertragen. Herr Klein sichert zu, detaillierte Zahlen zur Ratssitzung vorzulegen.

Es wird einvernehmlich entschieden, nicht über die Beschlussvorlage abzustimmen und die Entscheidung in der Ratssitzung zu treffen.

---

**6. 48. FNP-Änd.; Bericht über die öffentliche Auslegung BV/0605/2018  
gem. § 3 (2) BauGB sowie die Einholung der  
Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger  
öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB,  
Feststellungsbeschluss**

---

Zu diesem Tagesordnungspunkt besteht kein Diskussionsbedarf. Sodann lässt der Vorsitzende nachfolgenden Beschluss fassen:

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Radevormwald beschließt die Feststellung der 48. Änderung des Flächennutzungsplanes „Flächen westlich und östlich der Margaretenstraße“ und billigt deren Begründung einschließlich Umweltbericht.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

---

**7. Projektmanagement InHK Wupperorte BV/0600/2018**

---

Frau Ebbinghaus erkundigt sich nach den Kosten pro Jahr und worin der Unterschied zwischen dem Projektmanagement und der Arbeit von Frau Natalie Hoffmann besteht.

Frau Hoffmann erläutert, dass die Kosten für das Projektmanagement bei 154.000 € liegen. Die Stelle ist für insgesamt 3 Jahre und 4 Monate vorgesehen. Somit ergeben sich, wie bereits ausführlich in der Beschlussvorlage erläutert, Kosten in Höhe von 46.200 € pro Jahr. Die Kosten werden zu 60 % über den Städtebau gefördert. Diese Förderung ist bei der Angabe der Kosten noch nicht berücksichtigt, da die Stadt zunächst in Vorleistung geht und zu einem späteren Zeitpunkt die Kosten erstattet bekommt.

Zur Unterscheidung der Stellen führt Frau Hoffmann aus, dass das Projektmanagement direkt vor Ort ist. Frau Hoffmann nimmt dabei die Position des Observators ein und leitet Angelegenheiten an die Bezirksregierung weiter.

Nach den Ausführungen erfragt Frau Ebbinghaus, bis wann die Stelle befristet sein soll. Daraufhin entgegnet Frau Hoffmann, dass das Quartiersmanagement bis von 2019 bis April 2022 vorgesehen ist.

Nachdem keine Fragen oder Anregungen mehr bestehen, lässt Herr Fischer über den Tagesordnungspunkt abstimmen und es wird folgender Beschluss gefasst.

### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt empfiehlt dem Rat der Stadt, die Verwaltung zu beauftragen, vorbehaltlich einer Förderung des InHK Wupperorte, mit der Ausschreibung eines Projektmanagements für das kommende Jahr 2019 zu beginnen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

---

## **8. Quartiersmanagement InHK Wupperorte**

**BV/0601/2018**

Frau Ebbinghaus erkundigt sich auch hier nach der Zusammensetzung der Kosten. Hier verhält es sich nach Auskunft von Frau Hoffmann ähnlich wie bei dem Projektmanagement. Die Einstellung soll für 3 Jahre erfolgen, die Gesamtkosten für 2 Stellen liegen bei 348.000 €, dies ergibt eine jährliche Summe von 116.000 €.

Weiter fragt Frau Ebbinghaus, ob das Quartiersmanagement mit dem Citymanagement verglichen werden kann. Dies wird verneint.

Frau Ebbinghaus äußert, dass 2 Personen für die Wupperorte auf den ersten Blick als zu viel erscheinen. Herr Klein erläutert, dass bei der Planung Urlaubs- und Krankheitsvertretungen mit berücksichtigt worden sind.

Frau Ebbinghaus erkundigt sich, wie es sich mit der Förderfähigkeit verhält. Auch hier ist eine Erläuterung bereits in den Beschlussvorlage vorhanden. Die Förderung erfolgt hier ebenfalls über den Städtebau, darüber hinaus findet aber auch eine Förderung aus dem Europäischen Fond für regionale Entwicklung (EVRE) statt, die Gesamtförderung liegt so bei 80 %.

Herr Nipken ergänzt hierzu, dass nicht die gesamten Kosten durch die Stadt getragen werden, sondern auch hier eine Vorausleistung stattfindet, die dann zu 80 % erstattet wird.

Es wird sodann folgender Beschluss gefasst:

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt empfiehlt dem Rat der Stadt, die Verwaltung zu beauftragen, vorbehaltlich einer Förderung des InHK Wupperorte, mit der Ausschreibung eines Quartiersmanagements für das Jahr 2019 zu beginnen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

---

**9. Konzeptstudie Bürgerzentrum (InHK Wupperorte)****BV/0598/2018**

Im Folgenden stellt Frau Hoffmann mit Hilfe einer Präsentation die Konzeptstudie für das Bürgerzentrum vor.

Sie erläutert, durch welche Kriterien und Voraussetzungen der Standort für das Bürgerzentrum ermittelt worden ist und berichtet über den angedachten Standort.

Im weiteren Verlauf stellt Frau Hoffmann Ideen und Vorschläge vor, wie das Bürgerzentrum genutzt werden kann und welche Vereine dort mit einem entsprechenden Angebot angesiedelt werden können.

Frau Ebbinghaus greift die in der Präsentation im Zusammenhang der Überalterung genannten 80 % der kinderlosen Haushalte an den Wupperortschaften auf und erkundigt sich, ob die 80 % auch die Haushalte beinhaltet, in denen die Kinder schon ausgezogen sind. Frau Hoffmann bejaht diese Frage.

Herr Dr. Rieger erfragt die Möglichkeit, die Konzeptstudie in vollem Umfang zu erhalten. Dies wird bejaht und vereinbart, die Studie an die Fraktionsvorsitzenden zu übersenden.

Frau Ebbinghaus bekundet, dass sie der Ansicht ist, dass es sich bei dem gewählten Standort nicht um die optimale Lösung handelt. So müssen die Bewohner den Berg hoch und runter. Problematisch ist überdies, dass das Bürgerzentrum mit seinem geplanten Angebot für Publikum höheren Alters ist, das Life für junge Leute liegt abgelegen von dem geplanten Bürgerzentrum.

Frau Hoffmann entgegnet dazu, dass andere in Betracht gezogene Flächen zu klein sind.

Herr Uellenberg macht den Vorschlag, die Angelegenheit zu vertagen und in den Rat zu verweisen. Bis dahin haben die Fraktionen die Möglichkeit, auf der Grundlage der bereitgestellten Konzeptstudie in den Fraktionen zu diskutieren.

Herr Schäfer ergänzt zur Standortwahl, dass er das angedachte Gebäude, gerade hinsichtlich der Verkehrsanbindung, für ideal befindet.

Über den Beschluss wird nicht abgestimmt, es erfolgt die Verweisung in den Rat.

---

**10. Erstellung eines geobasierten Baumkatasters****BV/0584/2018**

Der Vorsitzende leitet den nächsten Tagesordnungspunkt, die Abstimmung über die Erstellung eines geobasierten Baumkatasters, ein.

Frau Ebbinghaus erfragt, ob auch Bäume erfasst sind, die in privatem Besitz sind, aber an einer städtischen Straße stehen.

Herr Kozinski erläutert, dass nur städtische Bäume auf städtischen Grundstücken erfasst werden.

In diesem Zusammenhang erkundigt sich Herr Schäfer, wann der Landschaftsplan für Radevormwald fertiggestellt wird.

Herr Kozinski gibt die Information des Kreises weiter, wonach der Landschaftsplan noch 2018 in Kraft gesetzt werden soll.

Zu diesem Tagesordnungspunkt besteht kein Diskussionsbedarf mehr. Herr Fischer bittet um die Abstimmung.

### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt beauftragt die Verwaltung, die Erstellung eines Baumkatasters entsprechend der Vergabeordnung auszuschreiben.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

---

## **11. Mitteilungen und Fragen**

---

Herr Hoffmann erkundigt sich nach der Aktion „Rade lebt sauber“, welche in der Vergangenheit durch Frau Schwanke organisiert wurde und äußert die Bitte, diese Aktion wieder aufleben zu lassen.

Herr Klein bestätigt, dass diese Angelegenheit mit als Aufgabe in die Verwaltung genommen wird, weist aber gleichzeitig darauf hin, dass aufgrund personeller Knappheit nicht versprochen werden kann, die Aktion zeitnah wieder durchzuführen.

Frau Ebbinghaus merkt an, dass in der Burgstraße Seife mit Mikroplastik verwendet wird. Sie bittet, bei der nächsten Bestellung darauf zu achten, dass eine Seife ohne Mikroplastik beschafft wird. Herr Klein bestätigt eine Weitergabe an das entsprechende Fachamt.

*Anmerkung der Verwaltung: Die Angelegenheit wurde an das technische Tiefbauamt (Gebäudewirtschaft) als zuständiges Fachamt weitergeleitet und bereits überprüft. In der Seife, die durch die Stadt beschafft wird, befindet sich kein Mikroplastik. Das Datenblatt kann bei der Stadt eingesehen werden.*

Als weitere Angelegenheit spricht Frau Ebbinghaus, das anstehende Nachtradfahren am Kollenberg an. Nach Ansicht von Frau Ebbinghaus handelt es sich bei dem Massenradfahren um eine Katastrophe, eine Veranstaltung wie die Night – on – Bike ist ausreichend, eine weitere Veranstaltung in dieser Richtung ist nicht notwendig.

Herr Fischer sieht die Zuständigkeit bei der örtlichen Ordnungsbehörde. Frau Ebbinghaus ist jedoch der Ansicht, dass es sich um eine Umweltangelegenheit handelt und bittet um Prüfung, wie diese Veranstaltung in der Zukunft verhindert werden kann. Zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt wird ein entsprechender Sachstandsbericht erwartet.

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine Fragen und Anmerkungen vor.

Der Vorsitzende schließt somit den öffentlichen Teil der 23. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt um 19.10 Uhr.

Jürgen Fischer  
Vorsitzender

Lisa Look  
Schriftführer

gesehen: Bürgermeister/Erster Beigeordneter